

Bleiberecht für alle Minderheitenangehörige aus dem Kosovo jetzt!
Abschiebungen ins Elend stoppen

Am 18. und 19. November tagt die Innenministerkonferenz (IMK) in Hamburg. Dort könnten die Innenminister beschließen, den zumeist seit über 10 Jahren in der Bundesrepublik lebenden Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter_innen aus dem Kosovo ein Bleiberecht zu gewähren, wenn sie nur wollten...

In den kommenden Jahren sollen rund 13.000 Menschen in den Kosovo abgeschoben werden – so wollen es die deutschen Innenminister. Die neue kosovarische Regierung hat sich unter politischem Druck aus Deutschland und anderen EU-Staaten zur Wiederaufnahme von Roma und anderen Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo bereit erklärt. Im so genannten Rückführungsabkommen wurde vereinbart jährlich bis zu 2500 Menschen aus Deutschland abzuschicken – mit den Massenabschiebungen wurde bereits begonnen!

Nach dem Kosovokrieg 1999 wurden unter den Augen untätiger KFOR Soldaten etwa 120.000 Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter_innen durch kosovo-albanische Nationalist_innen aus dem Kosovo vertrieben; Menschen wurden vergewaltigt und ermordet, Häuser zerstört, Straßenzüge, ganze Stadtteile wurden geplündert, gebrandschatzt und niedergerissen. Kein_e einzige_r Täter_in stand dafür bis jetzt vor Gericht, kein Regierungsmitglied hat sich dafür wenigstens entschuldigt, geschweige denn „Wiedergutmachungszahlungen“ geleistet.

Angehörige der damals vertriebenen und geflohenen Menschen, die zum größten Teil Roma sind, werden im Kosovo weiterhin massiv diskriminiert: Nachdem Roma im Vorkriegskosovo verhältnismäßig gut situiert waren sind heutige Roma-Enklaven Slums ohne Wasser- und Stromversorgung. Für Roma liegt die Erwerbslosigkeit bei über 90 Prozent und Zur alltäglichen Diskriminierung kommen der faktische Ausschluss von sozialen Sicherungssystemen und ärztlicher Behandlung. Tätliche und verbale Angriffe führen dazu, dass sich Minderheitenangehörige in einigen Gemeinden nicht frei bewegen können.

Der UNHCR, Pro Asyl, Unicef, der Menschenrechtskommissar des Europarats und viele andere fordern aufgrund dieser Situation Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo sofort zu stoppen. Die Bundesrepublik ignoriert diese Forderungen und treibt so Tausende von Menschen ins Elend.

Deutschland trägt die Verantwortung für die Ermordung von 500.000 europäischen Sinti und Roma während des Nationalsozialismus. Es ist unerträglich, dass deutsche Behörden wieder Roma erfassen, verfolgen und ausgrenzen!

Wir fordern die IMK auf dieser menschenverachtenden Politik ein Ende zu setzen und ein sofortiges Bleiberecht für geduldete Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter_innen aus dem Kosovo zu beschließen!

Wir fordern ein Leben in Sicherheit und Würde für alle Menschen!

Komm am 30. Oktober zur Aktion „NAME“ Kundgebung – Musik – Ausstellung.... Zeig Gesicht gegen Antiziganismus!

Aufrufende Gruppen: